

Wem hilft die Wirtschaftswissenschaft?

Was ist die Aufgabe der ökonomischen Lehre?

Ziel ist die Beschreibung volks- und betriebswirtschaftlicher Zusammenhänge.

Das klingt wissenschaftlicher als das, was bisweilen dabei herauskommt.

Die Logik der klassischen und neoklassischen Wirtschaftstheorie und auch vieler weiterer Verästelungen beruht auf Objektivismus und Rationalität – aber durch die gewählten Annahmen, Ausschlüsse und Menschenbilder wird das Ergebnis normativ, also empfehlend.

Ist das der Grund, warum die Ökonomie so umstritten ist?

Tatsächlich steckt sie methodisch wie motivatorisch in einem komplexen Spannungsfeld zwischen Rationalität und Irrationalität. Sie wird, wie der Literaturwissenschaftler und derzeit vermutlich präziseste Ökonomie-Beobachter Joseph Vogel 2002 schrieb, zwischen Kalkül und Leidenschaft sehr anspruchsvoll gedehnt. Auch der

Soziologe Bruno Latour verwies mit dem Wirtschaftswissenschaftler Vincent Lépinay auf die „Ökonomie als Wissenschaft der leidenschaftlichen Interessen“ – und das in aller Doppeldeutigkeit: Denn Ökonomen richten ihre Empfehlungen an Individuen und Institutionen, die starke Eigeninteressen haben. Das gilt vor allem für die Politik, die wiederum die Wirtschaft regulieren soll.

Stellt sich die Wissenschaft diesem Widerspruch?

Die Ökonomie hat dies lange nicht getan. Sie hat nicht versucht, diese Spannung als Balance aufrechtzuerhalten, sondern gerierte sich als uneinschränkt rational und leidenschaftslos. Um die komplexe Welt zu vereinfachen, übersetzte sie diese in verständliche Modelle, deren eleganter Kurvenverlauf alles durchschaubar zu machen schien. Doch interessanter als die Kurve ist, was zum Zwecke der Komplexitätsreduktion unabsichtlich nicht berücksichtigt beziehungsweise absichtlich als An-

nahme ausgeschlossen wird. Genau das macht das Fach immer wieder angreifbar.

Gestritten wird an zwei Fronten. Die einen werfen der Ökonomie vor, sie missachte wirtschaftliche Gesetzmäßigkeiten – die anderen, sie wende ökonomische Modelle auf dafür ungeeignete Sachverhalte an. Was ist schädlicher?

Dazu müsste man erst einmal klären, ob es in der Ökonomie Gesetzmäßigkeiten wie in der Naturwissenschaft gibt. Von Beginn an wurde versucht, solche Gesetzmäßigkeiten nachzuweisen, und auch viele der verhaltenswissenschaftlichen wie spieltheoretischen Spielarten der Ökonomie setzen dies in letztlich artifiziellen Labor-situationen fort. Das ist eine Suchbewegung wie in der Medizin, und tatsächlich könnte ein solcher sich selbst verbessernder Trial-and-error-Prozess zwischen Modell und Realität die Widersprüchlichkeiten der Ökonomen in den Griff kriegen. Doch am Ende läuft es auf das bekannte Dilemma des Controllings hinaus: Immer

weicht die spätere Realität von der Planung ab und nicht etwa die Planung von der Realität. Daraus folgen dann rituell wirkende Schuldzuweisungen von Ökonomen und Politikern, die Beobachter und Bürger nur verwirren, da sie das Grundproblem noch deutlicher machen: das Unverständnis füreinander. In dieser fehlenden Beziehungsfähigkeit liegt das Problem.

Vermutlich geht es den Politikern wie vielen anderen auch: Sie tun sich schwer damit, wirtschaftliche Zusammenhänge zu verstehen. Fehlt es an Bildung, oder liegt es am undurchschaubaren System?

In der Tat sind die Kenntnisse in Deutschland erstaunlich gering, wie Studien zum „minimalen wirtschaftlichen Wissen“ in den Bereichen Finanzen, Arbeitsmarkt, Konsum und Staat zeigten, die das Max-Planck-Institut für Bildungsforschung (2011) und die Zeppelin Universität (2013) durchgeführt hatten – Tendenz weiter sinkend. Und für die Annahme, der Deutsche verstehe zwar das System nicht, vertraue aber auf die Kontrolle durch Dritte, spricht angesichts der verbreiteten Medienkritik wenig. Kritisch betrachtet, haben wir es mit einer Kapitulation vor dem Kapitalismus zu tun, der aufgrund der Komplexität als ebenso alternativlos wie unverständlich akzeptiert ist.

Studenten üben mittlerweile weltweit Kritik an der Welferne der ökonomischen Lehre. Die Wirkungslosigkeit von Lehre und Forschung für die Gesellschaft hat natürlich Folgen. Die Netzwerke der sogenannten „Pluralen Ökonomik“ oder dem „New Economic Thinking“ gewinnen verständlicherweise immer mehr Zulauf. Die Hochschulen müssten beginnen, das Fach als Gesellschaftswissenschaft zu denken – das heißt, sich mit den verschiedenen Disziplinen und vor allem mit den Studierenden und weiteren Anspruchsgruppen der Praxis zusammzusetzen. Interessant: In den Publikumszeitungen und im Feuilleton ist es schon Mainstream, gegen den ökonomischen Mainstream zu sein. Nur die

Ökonomie wundert sich, warum Kulturwissenschaftler der Gesellschaft die Krisen erklären.

Irgendwie kommen also Wirtschaft und Gesellschaft nicht zueinander?

Es gilt die alte Bedauernsregel: Die Ökonomie wäre eine Natur- oder Ingenieurwissenschaft, wenn nur die Menschen nicht wären. Ökonomie ist letztlich nur als eine Gesellschaftswissenschaft zwischen Markt, Staat und Zivilgesellschaft denkbar, die Individuen, Institutionen und Gesellschaft mit deren Beziehungen untereinander analysieren muss. Eine Gesellschaft, die sich dadurch auszeichnet, dass sie eben nicht aus einem Guss ist und damit auch von keiner Stelle zentral gedacht oder gesteuert werden kann, sollte auch die Wirtschaftswissenschaften demütigt werden lassen. Die Gesellschaft ist aber genauso scheinheilig: Sie degradiert die Ökonomie zur Hilfswissenschaft für die Politik, die Philosophie et cetera und empört sich gleichzeitig darüber, dass sie mal wieder Krisen nicht vorhergesehen habe erst dann Interventionen vorschlage, wenn etwas passiert ist.

Zu Unrecht? Nach der Finanzkrise ist der Streit zwischen Keynesianismus und Neoklassik neu entbrannt. Die Notenbanken pumpen Geld in die Märkte. Und die Rezepte der Troika gegen die Griechenland-Krise entsprachen weitgehend dem Ideal der neoklassischen Volkswirtschaftslehre, waren aber bislang nicht erfolgreich.

Herausforderungen des 21. Jahrhunderts von komplexen und global vernetzten Wirtschafts- und Staatengemeinschaften können weder mit Theorien noch mit den Institutionen des 20. Jahrhunderts angemessen behandelt werden. Es braucht eine neue Lust auf das Verständnis der neuen Problemlagen statt nur neue Anwendungen alter Theorien. Und es braucht eine neue Neugier auf „soziale Innovationen“ von allen Beteiligten, also von Politik, Wirtschaft, Nichtregierungsorganisationen oder Stiftungen. Finanzmarktkrisen,

nationale und strukturelle Wirtschaftseinbrüche in Staatengemeinschaften, Energiewenden, globale Migration oder die disruptive technische Entwertung ganzer Industrien verlangen nach neuen Antworten – und nach einer neuen Lust, möglichst viele, auch unkonventionelle Lösungen zu suchen. So könnte man zum Beispiel in Griechenland statt auf Schuldenchnitt und Kreditlinienverlängerung auf eine Art Entwicklungshilfe durch Auslandsgriechen setzen, die zu diesem Zweck von europäischen Arbeitgebern freigestellt werden. Die Notenbank sollte sich nicht nur auf die Bereitstellung von Liquidität oder den Rückkauf von Anleihen beschränken, sondern auch mitdenken, welche Wirkung die Generationsungerechtigkeit hat. Und in der Flüchtlingsfrage könnte auch so etwas wie „brain circulation“ diskutiert werden – also die Qualifizierung in sicheren Ländern für den Wiederaufbau der noch unsicheren, aber dann wiederaufzubauenden Herkunftsländer, statt nur über die Belastung des Sozialstaats in den Aufnahmeländer zu reden. All das zeigt: Wirtschaft ist spannend und sozialinnovativ wirksam – aber nur in guter Gesellschaft.

Und wie ließen sich beide Seiten versöhnen?

Wir brauchen Wirtschaftswissenschaften (im Plural), die ihre Widersprüche erkennen und produktiv machen, statt sie zu ignorieren, die Probleme nicht nur beschreiben, sondern wahrnehmen und vermitteln. Sie müssen sich als Gesellschaftswissenschaft für soziale Innovationspotenziale der Zukunft verstehen. ■

Prof. Dr. Stephan A. Jansen, derzeit Gastwissenschaftler an der Stanford University, hat eine Teilzeit-Professur für Finanzierung, Innovation und General Management an der Karlsruhochschule, Karlsruhe.